

Widersprüche in der FPÖ

Nach kurzem Ibiza-Schock gehen Bürgertum und Kapital mehrheitlich wieder dazu über, die FPÖ für ihre Interessen zu nutzen. Sie wollen die FPÖ wieder in der Regierung. Die Normalisierung der FPÖ ist auch die Normalisierung des Rechtsextremismus im politischen Establishment. Doch ein Teil der FPÖ will weit mehr. Das ergibt eine explosive Mischung,

Seite 2

Amazonas oder Profit?

Die Brandrodungen im brasilianischen Amazonas haben im Vergleich zum Vorjahr um 70% zugenommen. Sozialist*innen verbinden den Kampf um den Amazonas mit den sozialen Bewegungen gegen Bolsonaro, der die Interessen der großen Unternehmen umsetzt. Ein Bericht von LSR, der Schwesterorganisation der SLP in Brasilien.

Seite 12

Schwerpunkt

Die Widersprüche des Kapitalismus rufen Krise um Krise hervor. Die nächste steht vor der Tür. Was können wir aus der Weltwirtschaftskrise 1929 für die kommende lernen?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 281 | 10.19

Kurz bekämpfen – selbst aktiv werden!

Nach der Wahl steht Kurz vor schwierigen Regierungsverhandlungen, weil kaum jemand das Anhängsel der ÖVP machen will. Doch einige Dinge sind klar:

Die FPÖ ist geschwächt, aber nicht geschlagen. Und der Rechtsextremismus schon gar nicht. Interne Machtkämpfe werden die nächsten Monate prägen. Doch das Potential für eine Partei wie die FPÖ ist ungebrochen, solange es keine ernsthafte linke Alternative gibt. Von Stabilität sind jedoch auch alle anderen Parteien weit entfernt.

billigung der Produktionskosten im Land durch Senkung der Lohnstückkosten – kann sich in dieser Logik nichts ändern.

Kurz kann flexibel sein und sich in manchen Fragen fortschrittlicher geben (z.B. beim Bleiberecht für Asylwerber*innen, die eine Lehre machen) – v.a. wenn sie nichts kosten. Die SPÖ könnte verlorene Pfründe in den Kassen zurückbekommen, Kurz etwas mehr auf Sozialpartner machen. Auch ein bisschen grüner, pseudo-sozialer, integrierter ist möglich. Aber der Dreh-und-Angelpunkt bleibt, was für die



Keine Regierung wird die notwendigen Verbesserungen bringen – die müssen wir selbst erkämpfen!

Jede Regierungskonstellation wird den Kurs weitgehend fortsetzen, weil sie vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur agiert. Hauptaufgabe ist, die heimische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu stärken. Am Kern – Ver-

Kapitalist*innen nötig ist. Es ist gut, das Schwarz-Blau weg ist. Aber das ist bei weitem nicht, was nötig ist. Dazu ist keine der etablierten Parteien bereit. Ihr Chor „für Österreich“ bedeutet im Klartext „für die Kapitalist*innen“. Was

wir brauchen, müssen wir selbst erkämpfen. Wer auf die nächste Regierung hofft, ist schon verloren. Wer aber selbst aktiv wird und gemeinsam mit anderen kämpft, ist am richtigen Weg. Wenn die ÖGB-Führung weiter auf die SPÖ setzt, dann braucht

es einen echten Bruch mit ihr, damit die Gewerkschaft zur Kampforganisation wird. Wenn es keine Arbeiter*innenpartei gibt, dann sind die kommenden Kämpfe der richtige Ansatzpunkt für den Aufbau einer solchen. Wenn dieses System nicht funktioniert, dann ist es an der Zeit, sich für ein anderes stark zu machen.

Sonja Grusch,
Mehr auf www.slp.at in unserer ausführlichen Stellungnahme.

Wir sagen:

- Rücknahme aller Verschlechterungen der letzten Regierungen!
- Lohnrunden nutzen, um echte Verbesserungen zu erkämpfen
- Sozialistische Alternative aufbauen: Für eine starke Bewegung mit Offensivprogramm!



Von Sonja Grusch Die großen Klimaproteste haben in Kombination mit Hitzewelle im Juli und Waldbränden im August/September die Parteien gezwungen, das Thema aufzugreifen. Am 25.9. hat der Nationalrat den „Klimanotstand“ ausgerufen. Es braucht allerdings keine Glaskugel, um zu wissen, dass es bei leeren Worten bleiben wird. Die Appelle an die Politik standen in der ersten Jahreshälfte noch im Zentrum der Proteste, inklusive dem Aufruf „richtig zu wählen“ (bei EU- und Nationalratswahl). Aber immer mehr der – v.a. jungen – Klimaaktivist*innen – merken, dass von der etablierten Politik nichts zu erwarten ist. Die Demonstrationen sind groß und großartig, aber auch sie haben die Politik bisher nicht zu Taten zwingen können. Zunehmend stellen sich viele die Frage: Was sind die nächsten Schritte?

Ist es das „Klimavolksbegehren“? Tatsächlich ist dieses leider ein Schritt zurück hinter das, was nötig

Klima: Ein Schritt zurück zum Volksbegehren?

ist – und das, was sich bereits tut! Die Forderungen sind eher mau und unkonkret, die Bündnispartner in der Wirtschaft, die Aktionsform ein Rückschritt und die Strukturen nicht demokratisch und eine Konkurrenz zu den sich entwickelnden von Fridays for Future, Workers for Future etc. Warum sollten die Politiker*innen mehr auf ein Volksbegehren reagieren als auf die anhaltenden Massenproteste? Dass auch viele Unterschriften ignoriert werden können, haben die Frauenvolksbegehren 1 und 2 überdeutlich bewiesen.

Die Jugendlichen haben zum KlimaSTREIK aufgerufen und Hunderttausende sind gekommen. ÖGB-Vorsitzender Katzian erklärt den Gewerkschaftsmitgliedern in einer Videobotschaft, sie sollen teilnehmen. Er „vergisst“ allerdings, dass es dafür Streikaufruf und Streikorganisation durch die Gewerkschaft braucht. Insofern sollte der nächste Schritt der Bewegung sein, die Gewerkschaftsführung bei ihrer verkündeten Solidarität abzuholen und in echten Widerstand zu zwingen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Welche wirtschafts- und geopolitische Orientierung?

Nicht nur zwischen den sozialen Klassen wirken Gegensätze. Auch innerhalb des Kapitals und Bürgertums gibt es gewichtige wirtschaftliche und politische Unterschiede. Tatsächlich nehmen auch im Weltmaßstab die Konflikte zwischen den imperialistischen Blöcken zu. Wie weit gehen die bisherigen Versuche der FPÖ, sich dem russischen Imperialismus anzudienen? Oder China? Wird ein Teil der FPÖ das Verhältnis zur EU neu

definieren? Wer setzt auf (scheinbare) „Autarkie“/Abschottung und somit Orbans Wahnsinn (der zur höchsten Abwanderung junger Menschen in ganz Europa führte)? Will man mit verbitterten kleinen Gewerbetreibenden, die in der Krise auch schwer gebeutelt werden können, herumjammern oder mit den großen Industrie-Bossen speisen? Wie auch immer; ein Spagat zwischen all diesen Extremen geht auf Dauer nicht.



Widersprüche in der FPÖ

Kein noch so ekelhafter Skandal wird die FPÖ dauerhaft „entzaubern“. Trotz Ibiza-Schock und Wahldebakel wollen Teile von

ne sich sowohl in als auch außerhalb der FPÖ entwickelnde neo-faschistische Schicht gegenüber. Ihr fehlt derzeit eine ein-

Sie könnten auf längere Sicht und abhängig von den Entwicklungen in und um die FPÖ Teil von Spaltungsprozessen sein. Ein anderer Teil der FPÖ-Führung muss ihre zunehmende soziale Basis im kleinen und mittleren Unternehmertum durch Regierungspolitik zufriedenstellen. Die beiden Herzen schlagen oft, wie bei Haibuchner, in derselben Brust. Die nächsten Monate werden – abgesehen von Dolchstoßlegenden – heftige Debatten in der FPÖ sehen. Die aktuelle Doppelspitze Kickl-Hofer kann nur ein vorübergehender Balanceakt zwischen verschiedenen Interessengruppen sein.

Franz Neuhold und **Sonja Grusch**

FPÖ von Konflikten gebeutelt: Das Problem des Rechtsextremismus löst das nicht dauerhaft.

Bürgertum und Kapital sie weiter nutzen. Für andere ist sie aktuell zu instabil, mit der Ideologie hat man weniger Probleme. Die Ausrichtung wird auch intern heftig diskutiert. Hofer steht für ein Milieu der Partei, das ideologisch gefestigt ist, aber v.a. seine wirtschaftlichen Interessen als Unternehmertum vertreten sehen will. Diesem Teil steht ei-

heitliche organisatorische Form. Dieses Milieu, einschließlich der „Identitären“, setzt zum Sprung auf die nächste Stufe der Eskalation an: Gewalt, Militarisierung und stärkere Sichtbarkeit durch Aufmärsche ähnlich wie in Teilen Deutschlands.

Stellt sich die Frage, warum gewisse FPÖ-Kreise die Identitären so aggressiv verteidigen.



Rechtsextremismus nachhaltig zurückdrängen

Nicht Ibiza, interne Querelen oder Prozesse gegen Identitären werden den Rechtsextremismus stoppen, sondern offensive Klassenkämpfe wie Streiks für Lohnerhöhungen und gegen die Angriffe auf Arbeitszeit, Sozialversicherung und Kürzungen. Kurzum: Der Wiederaufbau einer kämpferischen und antirassistischen Arbeiter*innen-Bewegung. Dieser wird den arbeiter*innenfeindlichen Charakter beider Haupt-

trends der FPÖ am deutlichsten aufzeigen – nur so können auch jene Arbeiter*innen, die heute noch FPÖ wählen, von ihr weggebrochen und Nichtwähler*innen aktiviert werden. Gleichzeitig würden solche Kämpfe die Risse in der FPÖ zwischen jenen, die auf staatliche Stabilität setzen und jenen, die faschistische Schlägerbanden aufbauen wollen, verstärken. Die Weichen dafür werden mitunter bereits heute gestellt.



Wie krank ist das Wiener System?!

In der angeblich lebenswertesten Stadt der Welt mit rot-grüner Stadtregierung ist von Beschäftigten des Gesundheits-

keine Hinweise darauf, dass die Situation in Wien besser ist. Patient*innen klagen häufig über (Fach-) ärzt*innenmangel, über-

Streik, sondern Niedriglöhne und Überlastung der Beschäftigten schaden den Patient*innen. Allein beim Wiener Kranken-

die Missstände aufmerksam. Die Kolleg*innen fordern auch völlig zu Recht von der Gewerkschaftsführung ein, endlich im Interesse der Beschäftigten zu agieren und nicht faule Kompromisse als Erfolg zu verkaufen.

Solidarität ist gefragt: Gemeinsames Ziel sind die Ausfinanzierung eines Gesundheitssystems mit bester medizinischer Versorgung für alle Menschen, mehr Personal und eine deutliche Arbeitszeitverkürzung. Der Druck von unten muss dazu führen, dass die Gewerkschaftsführung endlich abseits schöner Worte in die Gänge kommt – oder durch eine bessere ersetzt wird.

Helga Schröder

Das Wiener Gesundheitswesen: Mangel, Privatisierung, Jobabbau und Überlastung.

bereichs viel von Überlastung, burn-out und ungerechten Löhnen zu hören. In einer Umfrage der Arbeiterkammer gaben nur vier von zehn befragten Beschäftigten in Gesundheitsberufen an, dass das vereinbarte Arbeitsmaß eingehalten wird. Bereits 2014 wurde in einer Studie für die Steiermark festgestellt, dass in Gesundheitsberufen 40% der Beschäftigten Burnout-Symptome zeigen – es gibt

füllte Ordinationen und Ambulanzen oder OP-Termine gegen Privatbezahlung.

Untragbare Zustände! Wenn Beschäftigte sich wehren und organisieren braucht das die Beteiligung von Patient*innen, weil ihnen schlechte Arbeitsbedingungen ebenso schaden. Betriebliche Kampfmaßnahmen sind nötig und möglich, wenn Patient*innen an Bord sind. Nicht ein

anstaltenverbund (KAV) arbeiten rund 30.000 Menschen. Dort haben sich schon vor Monaten Kolleg*innen organisiert, um gegen die unfaire Besoldungsreform und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen. Bei ihren Protesten, zuletzt am 24. September, fordern sie auch mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen und machen auf die Verantwortung der rot-grünen Stadtregierung für

Nicht anders, sondern gleich schlecht

Politiker*innen aller etablierten Parteien und die Gemeinde Wien im Zuge des „Spitalskonzeptes“ behaupten seit Jahren, es müsse die „Verweildauer“ in Spitälern verkürzt werden und es gebe zu viele stationäre Betten. Gesundheit wird nach „betriebswirtschaftlichen“ Kriterien bewertet. Das bedeutet massive Kürzung bei der Versorgung. „Häusliche Pflege“ bedeutet unbezahlte Arbeit Angehöriger, dh meist Frauen.

Im Notfall müssen die meisten in die Spitalsambulanz. In Kombination mit Kürzungen bei den Spitalern hat das jetzt zu Wartezeiten bis zu 24 Stunden in Notfallambulanzen geführt. Hochbetagte und Pflegebedürftige haben häufig nach ambulanter Behandlung einer Verletzung niemanden, werden aber trotzdem nach Hause entlassen. Ihr Zustand verschlechtert sich dann rasant und kann sogar zum Tod führen.

Laut Bericht der Wiener Patient*innenanwaltschaft sind im April 2017 in den KAV-Spitälern 300 Gangbetten zum Einsatz gekommen, 210 davon waren 12 bis 24 Stunden belegt, 90 Betten sogar mehr als einen Tag. Die Mittel für Private Kliniken – wie zB die auf „Schönheits“OPs spezialisierte Privatklinik Währing – wurden hingegen um 14,7 Mio Euro für 2019 erhöht. Das geht auf Kosten des öffentlichen Bereichs.

Anstatt mehr Spitals- und mehr Kassen-Ambulanzen mit mehr angestellten Ärzt*innen bauen die Krankenkassen lieber das Wahlärzt*innensystem aus. Besonders Fachärzt*innen aber lehnen oft neue Patient*innen ab, oder es gibt erst nach Monaten einen Termin. Ende 2017 standen bereits 1.888 Vertragsärzt*innen 3.069 Wahlärzt*innen gegenüber. Immer mehr wird Gesundheit so eine Frage des Geldes, im Land genauso wie im Bund.

Der rechte Rand

Die Wahlen in Israel brachten Verluste von Netanjahus rechter Regierungspartei Likud. Netanjahu, der seine Mehrheit einem rechtsextremen Parteienbündnis verdankte, hatte als Regierungschef die arabische Bevölkerung Israels per Gesetz zu Bürger*innen zweiter Klasse erklärt und den Belagerungszustand gegen Gaza und zuletzt auch gegen das Westjordanland ständig verschärft. So lenkt er mit Hass & Hetze und dem Schüren von Ängsten von den zunehmenden, inneren sozialen Spannungen ab. Um weitermachen zu können, braucht Netanjahu nun noch dringender die geschlossene Unterstützung der noch rechteren Parteien, die es ins Parlament geschafft haben. Doch das könnte schwierig werden.

Auf der Rechten in Israel wird sich viel gespalten, verbündet, fusioniert und wieder gespalten. Dabei geht es natürlich auch um die üblichen Konflikte zwischen selbsternannten Führer-Gestalten, aber auch um handfeste politische Fragen. Mit an Bord Netanjahus sind etwa nur die religiös-rechten Parteien. Die stärkere „Jisra'el Beiteinu“ („Unser Zuhause Israel“) wäre zwar vielleicht (wieder) für eine Koalition mit der Likud zu haben, nicht aber mit den ihr angeschlossenen religiös-rechten Parteien. Jisra'el Beiteinu teilt zwar deren Hass auf Araber*innen, aber stützt sich auf ihre Basis aus Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion. Diese sind mehrheitlich eher säkular eingestellt und lehnen z.B. die Privilegien für Ultraorthodoxe Gruppen (kein Wehrdienst, verbesserte Sozialleistungen...) ab.

Tilman Ruster

Holen wir uns 6%!

Aktuell laufen die Kollektivverhandlungen im Metallbereich. Dies ist auch der Auftakt für andere Branchen. Bald stehen die Verhandlungen im Sozialbereich an. Hier ist die Ausgangslage für die 110.000 Beschäftigten besonders prekär. Die Kolleg*innen sind unterbezahlt und der Arbeitsdruck hoch. Bei den vergangenen KV-Verhandlungen stellten die Gewerkschaften GPA-DjP und VIDA vergleichsweise kämpferische Forderungen: U.a. Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden/Woche bei vollen Gehalt und Lohnausgleich, Lohnerhöhung von 6% und eine 6. Urlaubswoche. Es gab in verschiedenen Einrichtungen in ganz Österreich Warnstreiks, in Wien von Kolleg*innen organisierte öffentliche Streikversammlungen und in Linz öffentliche Aktionen.

Die SLP ist in mehreren Bundesländern aktiver Teil von „Wir sind sozial aber nicht blöd“, einer Basisinitiative von Beschäftigten im Sozialbereich. Für die kommenden KV-Verhandlungen gibt es neben den wichtigen Forderungen auch die Frage: Wie gewinnen? Wir setzen uns u.a. für einen gemeinsamen Kollektivvertrag für Caritas, Diakonie und dem Wiener Roten Kreuz ein. Wird weiter getrennt verhandelt, schwächt das nur!

Klar ist, dass für Verbesserungen gekämpft werden muss. Bei den letzten Verhandlungen gab sich die Gewerkschaftsführung nach einem ersten, erfolgreichen Warnstreik mit 3,2% Erhöhung zufrieden, obwohl vorher etwas anderes vereinbart war. 2020 muss ein vorzeitiger Streikabbruch verhindert werden. Die Beschäftigten müssen über Streikabbruch oder -fortsetzung bzw. Annahme/Ablehnung eines Angebotes entscheiden. Daher braucht es eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis, sowie über die Annahme oder Weiterführung eines Streiks. Auch sollten die Kolleg*innen entscheiden, wer für sie verhandelt. Denn so lange sich nichts in der Führung der Gewerkschaften ändert, wird es immer wieder faule Kompromisse geben.

Aktivist*innen der SLP und „Sozial aber nicht blöd“ werden in Graz, Linz und Wien Aktionen und Veranstaltungen zu den Verhandlungen abhalten, um so die Belegschaften im Sozialbereich besser zu vernetzen und den Druck auf die Gewerkschaftsführung zu erhöhen. Die vergangenen Mobilisierungen und Streiks haben gezeigt, wie groß die Bereitschaft zum Kämpfen ist. Holen wir uns dieses Jahr die 6% Lohnerhöhung!

Nicolas Prettnner



SPÖ umarmt zu Tode

Viele der Beschäftigten fragen sich, warum Funktionär*innen aus der Gewerkschaft und aus dem Betriebsrat frag-

loben. Den Beschäftigten bringt sie wenig. Viele Gewerkschafter*innen wissen das, bleiben aber auf Sozialpartnerschafts-

und fördert angepasstes Verhalten. Statt auf die Kraft der organisierten Kolleg*innen, etwa durch Aktionen und Streiks zu setzen, setzen sie auf „gute Argumente“ am Verhandlungstisch. Vereinbarungen über die Köpfe der Betroffenen sind die Folge. Das schadet. Viele FSGler*innen wollen ehrlich für die Interessen der Beschäftigten kämpfen und stehen so im Widerspruch zur SPÖ und ihrer Politik. Eine Befreiung von der SPÖ würde nicht nur die Mobilisierungskraft der FSG, sondern die Kampfkraft der gesamten Gewerkschaft massiv erhöhen.

Irene Mötzl,
Betriebsrätin beim
Wohnservice Wien

Die enge Bindung an die SPÖ schadet der Gewerkschaftsbewegung, weil sie bremst.

würdige Deals mit Unternehmen häufig als Erfolg „verkaufen“. Schlechte Gehaltsabschlüsse, Arbeitszeitderegulierung uvm. ist mit Unterschrift der Gewerkschaftsspitze möglich. Kein Wunder, dass Unternehmensvertreter*innen, wie Schramböck (ÖVP) und Schellhorn (NEOS) die Sozialpartnerschaft

kurs. Warum?

Ein wichtiger Grund ist die Nähe zur SPÖ und ihrer Ideologie, dass ein „Interessenausgleich“ zwischen Kapital und Arbeit soziale Verbesserungen bringen würde. Die Bindung der Gewerkschaft an die SPÖ bedeutet, sich permanent einer völlig verbürgerlichten Partei unterzuordnen

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

➖ GPA wieder zahnlos

Parfümeriekette Douglas: Wieder werden Beschäftigte gekündigt, weil sie einen Betriebsrat gründen wollen. Und wieder beschränkt sich die Gewerkschaft GPA darauf, an die Medien und zu Gericht zu gehen. Beides kann Teil einer Strategie sein, aber ist zu wenig! Kein Wunder also, wenn es bei Müller Österreich, bei XXXLutz und den großen Baumarktketten immer noch keine Betriebsräte gibt. Vielmehr wäre es nötig, die Kund*innen zu infor-

mieren, indem die Gewerkschaft Aktionen vor den Filialen durchführt. Betriebsrät*innen anderer Firmen müssten aktive Solidaritätsaktionen direkt vor Ort durchführen. Imageschaden und Umsatzeinbrüche müssten so groß sein, dass Douglas & Co. nicht nur die Gekündigten wieder aufnehmen und einen Betriebsrat zulassen, sondern auch dringend nötige Verbesserungen für die Handelsangestellten umgesetzt werden.

⚖️ Streik bei Gericht

Am 17.9. streikten die Dolmetscher*innen der Gerichte in Wien. Seit 2007 wurde die Bezahlung nicht einmal inflationsangepasst - ein Verlust von über 22%! Die Zahl der Dolmetscher*innen hat sich in den letzten Jahren halbiert. Das verschärft die massiven Ungerechtigkeiten im Justizsystem für jene, die nicht mit Deutsch als Erstsprache aufgewachsen sind.

Es ist ein guter Zeitpunkt, VOR der Wahl zu streiken, um Druck auf die Politik

zu machen, davon kann sich der ÖGB eine Scheibe abschneiden. Doch die Gewerkschaft lässt bei den Kolleg*innen, von denen viele selbstständig arbeiten (müssen), weitgehend aus. Zwar hat die Untersektion der Vida, Vidaflex für Ein-Personen-Unternehmen, einen Post auf Facebook. Aber eine kämpferische Unterstützung durch die Gewerkschaft inklusive Forderung nach mehr Personal, ordentlicher Anstellungen und Bezahlung fehlt.

✚ Airline

Am 11.9. kam es am Flughafen Wien zu einer Betriebsversammlung von Beschäftigten verschiedenster Airlines für einen gemeinsamen Branchenkollektivvertrag. Die Airlinebosse versuchen mittels Billigfluglinien die Bedingungen der Beschäftigten zu verschlechtern. Darum ist der gemeinsame Kampf besonders wichtig. Die SLP war vor Ort, unterstützte die Kampfmaßnahmen und betonte die Wichtigkeit der Einbindung von Fluggästen.



Öffentliche Forschung für private Konzerne?

Die westlichen Industrieländer erlebten in den letzten Jahrzehnten eine massive Veränderung. Die Produktion wurde zum großen

gegen aufstrebende kapitalistische Konkurrenten wie China sichert bzw. hilft, im immer intensiveren Wettbewerb zu überleben.

Anstatt selbst von den Unternehmen bezahlt zu werden, werden die Kosten für den Konkurrenzkampf auf Steuerzahler*innen (also hauptsächlich auf Arbeiter*innen) abgewälzt. Die Gewinne bleiben aber privat...

auch die Hälfte seiner Belegschaft abgebaut.

Der steigende Einfluss großer Konzerne ist an Österreichs Universitäten sichtbar: Von Hörsälen, die nach VOEST, Porr, Siemens, Verbund oder einer Großbank benannt sind, über gemeinsame Programme mit der OMV bis zum Universitätsratsvorsitzenden Heinrich Schaller, der direkt aus der Spitze der Raiffeisenbank kommt. Das schadet dem Forschungsbetrieb. Denn profitorientierte Unternehmen unterstützen vor allem Forschung, die möglichst schnell vermarktbar Ergebnisse bringt. Grundlegende neue Erkenntnisse stammen aber aus der Grundlagenforschung. Die Fördermittel dafür stagnieren hierzulande jedoch laut dem Rat für Forschung und

Technologieentwicklung seit zehn Jahren.

Sozialist*innen sind für die Ausweitung öffentlicher Förderung vor allem für die Grundlagenforschung. Doch die Verwendung dieser öffentlichen Gelder für privaten Profit muss beendet werden. Steuergeld finanziert die Forschung, die Beschäftigten erwirtschaften den Reichtum – also gehören diese Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt. Eine vom Profitdruck befreite Forschung als Teil eines demokratisch erstellten wirtschaftlichen Gesamtplanes kann dazu dienen, um etwa Waffenfabriken oder Mineralölkonzerne auf die Produktion sinnvoller Güter wie erneuerbare Energien umzustellen.

Manuel Schwaiger

Es kostet Milliarden und schadet der Grundlagenforschung.

Teil in Staaten mit geringeren Lohnkosten ausgelagert. Die verbliebenen industriell produzierenden Firmen spezialisieren sich auf Nischen für High-Tech- und Spezialprodukte (z.B. Stahl von hoher Qualität aus der Voest Alpine, Maschinenbau).

Der Bereich der Forschung wurde damit wichtiger. Technische Überlegenheit ist eine der letzten Bastionen, die die Vorherrschaft des westlichen Kapitalismus

Das weiß auch die Industriellenvereinigung. Sie fordert die stärkere „Zusammenarbeit“ von Universitäten und Fachhochschulen mit der Industrie. Ziel ist die zunehmende Auslagerung der teuren Forschung. Neben dem vergleichsweise günstigen Zukauf von Innovationen durch die Übernahme von Start-Ups setzen Unternehmen, die sonst für den schlanken Staat argumentieren auf Steuergeld.

In Österreich stieg der staatliche Anteil an den Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) in den letzten zwei Jahren von 28,4 auf 34,9%. Damit wird unter anderem die Partnerschaft der Wirtschaftsuniversität Wien mit der OMV finanziert. Dieser Mineralölkonzern gehört nicht nur zu den größten Treibhausgasproduzenten Österreichs, sondern hat in den letzten zehn Jahren

Theaterdonner

Während der geplanten Sanierung des Wiener Volkstheaters sollen die Mitarbeiter*innen bei Technik, Verwaltung usw. vorübergehend freigestellt werden. Das bedeutet den Verlust von 50% der ohnehin mageren Gehälter. Der Betriebsrat startete die Initiative „Ohne uns kein Volkstheater!“ und sammelt mit Benefizvorstellungen am 8. und 17. 10. Spenden für die Kolleg*innen. Doch die Solidarität dafür soll-

te auch genutzt werden, Druck auf das Volkstheater zu machen, die Freistellungen komplett zurückzunehmen und die Anstellungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen allgemein zu verbessern. Das bedeutet auch, mit dem Namen der Initiative ernst zu machen – denn ob saniert oder nicht, auch am Theater kann man streiken. Das haben die Kolleg*innen vom Theater Ulm in Deutschland 2018 bewiesen.

#MeToo oder Macbeth?

Mehr als drei Dutzend Frauen gingen – zunächst anonym – in den letzten Wochen mit Vorwürfen gegen den wohl bekanntesten Opernstar der Welt, Plácido Domingo, an die Öffentlichkeit. Sie werfen ihm sexuelle Belästigung vor, so wie das Ausnutzen seiner Machtposition gegenüber weiblichen Kolleg*innen. Frauen, die ihn abweisen wollten, soll er damit gedroht haben, ihre Karriere zu zerstören. Gerade

im Kulturbetrieb, der einerseits auf Starkult und andererseits auf informelle Hierarchien setzt, verwundert es nicht, dass solche Vorwürfe aufkommen. Hinzu kommt das traditionell patriarchale Gehabe der „hohen“ Kultur. Domingo musste dennoch Ende September als Intendant der New Yorker Oper zurücktreten und seinen dortigen Auftritt als Macbeth absagen. Die österreichische „Hochkultur“ stellt

sich jedoch demonstrativ hinter ihn: Schon die Salzburger Festspiele weigerten sich bei seinem Auftritt im Sommer, Stellung zu nehmen, und im Oktober soll er an der Wiener Staatsoper als Macbeth auftreten. Kein Wunder, bringt Domingo doch jede Menge Geld für die Bonzen der Kulturindustrie: Die Tickets für Macbeth in der Staatsoper kosten 239€ – und sind selbstverständlich ausverkauft.

Die SLP in der Klimabewegung

Die Klimakrise macht deutlich, dass wir einen radikalen Systemwandel brauchen. Nur so können die schlimmsten Folgen noch vermieden werden. Daher ist es nicht ausreichend, das individuelle Konsumverhalten zu verändern, denn die großen Konzerne sind für die meisten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Dies ist ein zentraler Punkt, den die SLP und ihre Schwesterorganisationen weltweit in die Bewegung hineinbringen. Bereits im Vorfeld der internationalen Klimaaktionswoche haben wir uns als Internationale in der Klimabewegung aktiv beteiligt. In Österreich haben wir Andritz und die OMV als Beispiele für Konzern-Klimakiller aufgegriffen. Auch die dramatischen Brände im Amazonas wurden von Menschenhand gelegt, um die Profite der Agrarindustrie zu steigern. Würden diese Konzerne unter die demokratische Kontrolle ihrer Arbeiter*innen gestellt, so könnte man deren Expertise nutzen, um sinnvolle Projekte zu entwickeln, die im Interesse der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt – und nicht der Profite – sind. Workers for Future ist dabei eine wichtige Initiative. Sie vernetzt Arbeiter*innen und fordert einen Streik nicht nur der Schüler*innen, son-

dern auch der Beschäftigten. Die Initiative konnte auch vom ÖGB nicht mehr ignoriert werden, der die Initiative während der Aktionswoche zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema Arbeit und Klima einlud. Dort sprachen SLP-Aktivist*innen auch über die Notwendigkeit, seitens des ÖGB den Worten Taten folgen zu lassen.

Bei unserer Wahlkandidatur in Oberösterreich gaben wir dem Klima eine zentrale Rolle. Wir argumentierten für den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und gegen neue Autobahnprojekte. Auch forderten wir eine demokratische Kontrolle der VOEST durch die Beschäftigten.

Im Rahmen des dezentralen Aktionstag am 20.9. beteiligten wir uns in Wien, Linz, Graz und Salzburg an den Mobilisierungen und organisierten eine Kundgebung in Vöcklabruck. Beim Earth Strike am 27.9. – eine der größten Demonstrationen der letzten Jahrzehnte – waren wir gemeinsam mit Workers for Future mit einem Lautsprecherwagen vertreten. Unser Programm einer Systemalternative jenseits des Kapitalismus wurde gut aufgenommen und wir lernten viele Schüler*innen kennen, die sich für sozialistische Ideen interessieren.

Monika Jank



Der Wahlkampf der SLP

Die SLP trat in Oberösterreich an. In unserem Wahlkampf betonten wir bei jeder Aktion, jeder Po-

kapitalistische LGBTQI+ Bewegung. Inspiriert von der aktuellen Bewegung in Berlin protestierten wir

Überall trafen wir auf Zustimmung – Jugendliche, die begeistert von der Pride Parade waren oder

Unser Ziel war nicht das Parlament, sondern der Aufbau einer sozialistischen Kraft in OÖ – Mission erfolgreich!

diumsdiskussion und bei jedem Interview, dass es im kapitalistischen Wirtschaftssystem unmöglich ist, aktuelle Probleme, wie Wohnungsnot, Klimawandel oder Diskriminierung zu lösen. Unsere Aktivitäten hatten mehr mit den Bewegungen vor und nach der Wahl zu tun als mit dem Wahltag selbst. Nach der erfolgreichen Linzer Pride kampagnierten wir für eine anti-

vor der Raiffeisen-Zentrale für die Enteignung von Immobilienkonzernen. Unser Spitzenkandidat, selbst Krankenpfleger, sprach auf einer Aktion der Gewerkschaft für mehr Personal im Krankenhaus und die SLP sammelte Unterschriften für diese Forderung. Wir nahmen an den Klima-Streiks teil und organisierten selbst Aktionen in Vöcklabruck und vor der WKO in Linz.

Krankenpfleger*innen, die unsere Forderungen unterstützen. Wir haben neue Mitglieder gewonnen und unsere Strukturen gefestigt. Auf diese Weise gestärkt werden wir auch nach dem Wahlen weiterkämpfen, gegen die Politik der Reichen und Konzerne und für eine sozialistische Alternative!

Jan Millonig,

Krankenpfleger und Spitzenkandidat

Der Aufstand der Wiener KAV-Beschäftigten geht weiter



Beschäftigte, die vor 2018 einen Job beim Wiener Krankenanstalten-Verband begonnen haben, kämpfen für das Recht, in ein neues Lohnschema zu wechseln. Das würde vielen tausende Euros mehr im Jahr bringen. Die Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ brachte am 24.9. hunderte Kolleg*innen auf die Straße, während die Gewerkschaft „youunion“ den Kampf für die Optierungsmöglichkeit verweigert. Sie setzt

auf Verhandlungen mit der rot-grünen Stadtregierung. Ergebnis ist eine großspurig angekündigte, am Ende schwache Verbesserung. Die Kolleg*innen kämpfen weiter und fordern Streiks, auch für mehr Personal. Das machen sie mit Slogans klar: „Wir haben keine Wahl, Streik im Spital“ oder „Mehr von uns ist besser für alle“. „Sozial, aber nicht blöd“ und SLP-Aktivist*innen sind mit von der Partie.

Flo Klabacher

Andere über uns



Der ORF begleitete eine Kundgebung der SLP, die in Oberösterreich antrat, im Wahlkampf. In dem Bericht stellt SLP-Spitzenkandidat Jan Millonig unsere Antwort auf die Klimakrise vor: "Wir fordern den Nulltarif für alle Öffentliche Verkehrsmittel und die Enteignung der großen CO2-Produzenten als ersten Schritt zu einer demokratisch geplanten Wirtschaft im Sinne der Menschen und der Umwelt!"

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Mit Vollgas in die Krise?

Vor 90 Jahren ging der große Börsencrash als Sinnbild der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in die Geschichte ein. Heute steuern wir erneut auf eine Krise zu. Im Unterschied zu 1929 geht ihr aber heute kein „goldenes Zeitalter“ des Aufschwungs voraus.

Politik und Wirtschaft versprachen in den 20er Jahren, vor allem in den USA, dauerhaften Wohlstand – der trotzdem bei vielen nie ankam. Dennoch: Kreditwesen entwickelte sich, der „Kauf

ne Spekulationsblase, die am schwarzen Donnerstag 1929 platzte.

Auch 2019 werden die Zeichen für eine weitere Krise immer deutlicher. Der Welthandel verlangsamt sich und im April prognostizierte der Internationale Währungsfonds IWF eine Verlangsamung des Wachstums für 70% der Weltwirtschaft in diesem Jahr. Deutschland, die größte Industrie- und Exportwirtschaft der Eurozone, verzeichnete im April einen Rückgang der

„Eisenbahnkapitalismus“ als Wirtschaftsmotor abzulösen. Seit Jahrzehnten stellt sie nun mit der Ölbranche sieben von zehn der mächtigsten Unternehmen der Welt. Unter den 500 größten Unternehmen entfielen 2018 ein Drittel des Gesamtumsatzes an Öl, Auto und Flugzeugbau. Das Gewicht dieser Industrie zeigt sich auch darin, dass sie sich seit den 70er Jahren im selben Krisenzyklus wie die Weltwirtschaft bewegen.

allen der mangelnde Absatz in China. Selbst 2008 stieg die Autoproduktion in China und federte die Krise ab. Seit 2018 sehen wir jedoch auch in China einen Rückgang im Wirtschaftswachstum von prognostizierten 6% auf ca. 3-4%.

Die heutigen Entwicklungen wirken wie die Jahre nach 1929 in Zeitlupe. Je länger dies anhält, desto mehr drückt die Last des aufgestauten Kapitals. Findet es keine Möglichkeiten für profitablen Einsatz, sucht es Fluchtwege: Zunächst braucht es komfortable Plätze zum Verweilen. Das lässt Steueroasen aufblühen, wie sie die Panama Papers aufgedeckt haben. Mittlerweile sind 40% aller Direkt-Investitionen von Unternehmen Manöver zur Steuervermeidung. Andererseits fließt Kapital zurück in ebenjene Hochrisiko-Finanzmärkte, deren Einbruch die Krise 2008 ausgelöst hat.

Weniger mobiles industrielles Kapital verlagert seine Hoffnungen in Technologie, um die Konkurrenz zu übertrumpfen. Diese Flucht in die Forschung erleben wir als Hypes um „Industrie 4.0“ usw., die sich oft als heiße Luft he-

rausstellen, welche sich in Tech-Blasen ansammelt. Sinkende Produktionskosten und steigender Wettbewerb bedeuten eine Krise der Profitabilität – eine Entwicklung, die auch in den 1920ern auftrat. Der immer größere Anteil maschineller Produktion gegenüber menschlicher Arbeit untergräbt nicht nur die Profitraten – die immer höheren Fixkosten machen die Industrie- und Tech-Giganten auch immer weniger manövrierfähig im Krisenfall: Arbeiter*innen lassen sich leichter abstoßen als Maschinenparks.

In den meisten Ländern hat der leichte „Aufschwung“ nach der Krise 2008 zu keinem erhöhten Lebensstandard der Arbeiter*innenklasse geführt. Im Gegenteil, das Kürzungsdiktat verstärkte Armut und Arbeitslosigkeit. Ein weiterer Faktor, der den Handlungsspielraum des Kapitals im nächsten Ernstfall beschränkt. Eine neue globale Wirtschaftskrise in Verbindung mit einer eskalierenden Klimakatastrophe sind ein turbulenter Start in die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts.

Martina Gergits

Das Beispiel der Autoindustrie verdeutlicht: 2019 erinnert stark an 1929.

auf Pump“ boomte. Konnten sich in den USA noch 1919 nur Reiche ein Auto leisten, so hatte Anfang 1929 jede*r Fünfte ein Auto. Bereits Ende der 1920er zeichnete sich in den USA Überproduktion ab. Es wurde mehr produziert als profitabel verkauft werden konnte. Die Aktienkurse lösten sich immer weiter von den ihnen zugrunde liegenden realwirtschaftlichen Daten. Es entwickelte sich ei-

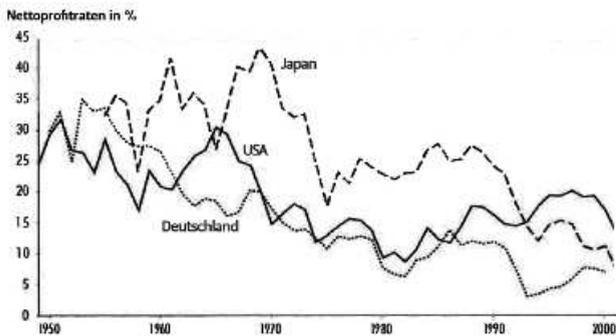
Industrieproduktion um 1,9%. Besonders betroffen war eine entscheidende Industrie: Der Automobilsektor. Deutschland wie Österreich hängen massiv von ihm ab. In Österreich ist jeder 9. Arbeitsplatz dieser Branche zuzuordnen.

Die Autoindustrie ist die wichtigste industrielle Branche des Weltkapitalismus. Bereits in den 1920ern begann sie, den

Die Krise 2008 erwies sich als die bisher stärkste der Branche. 2007 wurde noch ein neuer Produktionsrekord aufgestellt, ähnlich wie vor der Krise 1973. Auch 2019 kommt sie nach dem Produktionsrekord von 2018. Laut einer Studie des Forschungsinstituts CAR könnte heuer der globale Absatz neuer Autos um gut 5% sinken. Einen derartigen Einbruch gab es nicht einmal nach der Krise 2008. Grund dafür ist vor

Es geht bergab

Zwischen den Krisenperioden 1929–1939 und 2008 sanken die Nettoprofitraten in den führenden kapitalistischen Ländern langfristig. Dieses Gesetz des „tendenziellen Falls der Profitrate“ bricht sich in Krisen immer wieder seine Bahn.



Quelle: Robert Brenner: The Economics of global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies From Long Boom to Long Downturn, 1945–2005. London/New York, 2006, S.7.

Zahlen und Fakten

- **Die Krise von 1929** bleibt der dramatischste plötzliche Einschnitt in der Geschichte des Kapitalismus. Die Industrieproduktion ging in den kapitalistischen Ländern von 1929 bis 33 im Durchschnitt um 40% zurück. In Deutschland fiel sie auf 58% des Standes von 1928. Noch drastischer sank in vielen Industrieländern die Auslastung der Produktionskapazitäten, in Deutschland stand sie 1932 bei nur noch 35%. Der Welthandel brach zusammen, Staaten tauschten Güter nur noch direkt gegeneinander aus.
- **Nach der** Nachkriegsära der Globalisierung kündigt sich wieder eine Krise des Welthandels an. Zwischen 1987 und 2007 betrug der Zuwachs des Welthandels laut OECD durchschnittlich 7%. 2017 lag er nur bei 5,5%, 2019 sinkt er auf 2,1%. Gleichzeitig fallen 2019 die Auslands-Direktinvestitionen um 3% – das erste Mal seit 2008.
- **Ausdruck** dieser Krise der Globalisierung ist auch der Handelskonflikt zwischen den USA und China: US-Exporte nach China brechen dieses Jahr um 31% ein, umgekehrt exportiert China 8% weniger in die USA.
- **Trotz der** „goldenen Zwanziger“ blieb zwischen 1924 und 1929

die Investitionsquote in Deutschland besonders niedrig. Ebenso dümpelt sie seit der Krise 2008 vor sich hin – Bürgerliche Kommentator*innen warnen ebenfalls vor der „Investitionsschwäche“.

- **Die österreichische** Zulieferindustrie zeigt die Symptome der kommenden Krise. Ende Juni brachen die Profite der Voestalpine v.a. wegen eines nachlassenden Weltmarktes um 60% ein. Es werden 150 weniger Arbeiter*innen angestellt als im Vorjahr.
- **In den USA** leiteten Krise und New Deal auch eine neue Welle an Klassenkämpfen ein – vom viertägigen Generalstreik in San Francisco bis zum legendären Teamster-Streik in Minneapolis. Besonders in der Autoindustrie entstanden neue, kämpferische Gewerkschaften. Auch 2019 streiken 50.000 Arbeiter*innen bei General Motors. Dieses Jahr wird das Streik-Rekordjahr von 2018 in den USA noch übertreffen.

Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt, IMF World Economic Outlook, sowie Andreas Wilkens: Das ausgebliebene Wachstum. (in: Möller, Kittel (Hg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40)

1929 – 2019: Der Teufelskreis der Krisen

Die Weltwirtschaftskrise 1929 nahm als Börsencrash in den USA ihren Ausgang – doch ihre wahre Wucht entfaltete sie, weil dieser die aufgestauten Widersprüche des Kapitalismus entfesselte. Das verbindet die damalige Krise mit unserer heutigen Periode, entsprechend

raussetzungen scheitern. Er verstand Krisen immer als Aussortierung der kleinen, nicht konkurrenzfähigen Marktteilnehmer*innen. Das bedeutete im Gegenzug, dass zunehmend große „Player“ übrigblieben, die immer größere Teile des gesamten Systems trugen.

tals verschiedene Formen annahm. Der russische Revolutionär Leo Trotzki bemerkte in dieser Periode, dass sie sich im Wesentlichen in zwei rivalisierenden Konzepten ausdrückte: Faschismus – wie in Österreich und Deutschland, und New Deal – wie in den USA.

In Österreich etwa nahm die autoritäre christlichsoziale Regierung zur Rettung der Creditanstalt eine Anleihe des Völkerbunds (Vorgänger von internationalen Organisationen wie UNO und IWF) von 300 Millionen Schilling auf – und verpflichtete sich zu brutalen Kürzungsmaßnahmen. Das erinnert an Griechenland während der Eurokrise: So wie in Athen die Troika der EU das Sagen hatte, schickte der Völkerbund einen Gesandten nach Wien, um die Einhaltung des Kürzungsdiktats zu garantieren – den niederländischen Faschisten Rost van Tonnigen. Er erkannte, dass der kapitalistischen „Sanierung“ vor allem zwei Faktoren im Weg standen: Die Arbeiter*innenbewegung und die parlamentarische Demokratie, durch welche diese den Bürgerlichen immer wieder dazwischenfunkte. Nach der Ausschaltung des Parlaments notierte er in sein Tagebuch: „Zusammen mit dem Kanzler und [Nationalbank-Präsident] Kienböck haben wir die Ausschaltung des Parlaments für nötig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte.“

Der neue aufgehende Stern am dunklen Himmel der bürgerlichen Ökonomie hieß John M. Keynes.

Beide Krisenperioden weisen sowohl Gemeinsamkeiten, als auch Unterschiede auf.

gibt es viele Parallelen, aber auch Unterschiede. Die Geschichte wiederholt sich nicht, sie reimt sich: Die konkrete Form einer Krise im Kapitalismus ist das Ergebnis der Art, wie das System mit den vorhergehenden Krisen umgegangen ist.

Bis 1929 herrschte die liberale Auffassung, der Staat solle bei Krisen nicht steuernd eingreifen. Diese würden nur das „natürliche“ Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederherstellen. Auch Marx bemerkte im 3. Band des „Kapital“: „Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen.“ – Der Unterschied: Die bürgerliche Ökonomie sieht in diesem Gleichgewicht den natürlichen Zustand des Kapitalismus, während Marx erkennt, dass es nur „für den Augenblick“ hergestellt werden kann.

Der Liberalismus musste 1929 an seinen eigenen Vo-

Durch diese Tendenz zur Monopolisierung kann sich das System im Krisenfall aber nicht mehr durch ein Auffressen der Kleinen stabilisieren.

Dieser Prozess ging einher mit der zunehmenden Verschmelzung verschiedener Wirtschaftszweige unter dem Kommando des Großkapitals, vor allem von Banken und Industrie. Dadurch sprang jede Krise in einem Sektor auf den anderen über. Österreich etwa wurde von der Krise 1931 mit dem Kollaps der Großbank Creditanstalt voll von der Krise erfasst. An ihr hingen zwei Drittel der österreichischen Industrie und große Mengen zentral- und osteuropäischen Kapitals – sie war „too big to fail“. Das ist heute noch ausgeprägter: Autokonzerne haben ihre eigenen Finanzmarkt-Unternehmen und Banken mischen in der Ölindustrie mit.

1931 kollabierte das internationale Kreditsystem. Nun schlug die Stunde des Staates, dessen Intervention zur Rettung des Kapi-



Er befürwortete staatliche Intervention zur Ankurbelung der Märkte. Keynes war kein Linker – er wollte nur den Kapitalismus von der Nachfrage-Seite wieder anstarten. Das konnte Lohnsteigerungen bedeuten, aber auch staatliche Infrastrukturmaßnahmen – vor allem im Rüstungsreich. Deswegen begrüßte er sowohl den New Deal der Roosevelt-Regierung als

„Überwunden“ wurde die Krise von 1929 schließlich durch den 2. imperialistischen Weltkrieg, der durch die verschiedenen Formen der Staatsintervention vorbereitet wurde. 1945 übernahmen die USA die Rolle der staatlichen Schutzmacht für den Weltkapitalismus. Der staatlich organisierte Marshallplan war das Instrument, um im Zuge des Wiederaufbaus in

Als die finanzmarktbasier-ten Krücken des Weltkapitalismus 2008 wieder einbrachen, waren die Staaten ebenfalls zur Stelle – was in vielen Staaten die Fortsetzung der Krise als Staatsschuldenkrise bedeutete.

Jede Krisenpolitik, ob klassisch liberal, keynesianisch, neoliberal oder die aktuelle Synthese, verlagert nur das Problem in einen anderen Sektor des Kapitalismus. Egal wo die Bombe platzt: Wenn es nach diesem System geht, werden es wieder wir sein, die die Scherben auf-sammeln müssen.

Kurz bevor die Krise der 1930er im Weltkrieg mündete, setzte sich Trotzki mit den verschiedenen Methoden der bürgerlichen Krisenbearbeitung auseinander. Seine Schlussfolgerung könnte aktueller nicht sein: „Um die Gesellschaft zu retten, ist es weder notwendig, die Entwicklung der Technik aufzuhalten, Fabriken zu schließen, Prä-mien für die Farmer festzusetzen, um die Landwirtschaft zu sabotieren, ein Drittel der Arbeiter in Bettler zu verwandeln, noch einen Appell an wahnsinnige Diktatoren zu machen. Alle diese Maßregeln, entschieden die Interessen der Gesellschaft gefährdend, sind unnötig. Unbedingt nötig ist die Trennung der Produktionsmittel von ihren parasitären Besitzern und die Organisation der Gesellschaft nach einem rationalen Plan. Dann erst wird es möglich sein, die Gesellschaft wirklich von ihren Übeln zu heilen.“

Sebastian Kugler

Jeder Versuch, Krisen auf Basis des Kapitalismus zu lösen, bereitet nur die nächsten Krisen vor.

auch die Zwangsbeschäftigung des frühen deutschen Faschismus.

Es waren nicht Keynes' „antizyklische“ Maßnahmen, die den Kapitalismus wieder aus der Krise holten. Auch der von ihm geforderte anhaltend niedrige Zinsfuß führte nicht zur Steigerung der Investitionen. Er musste selbst zugeben, dass es Krisen gibt, in denen „keine durchführbare Senkung des Zinsfußes groß genug sein wird.“ Das gilt auch heute: Nach der Krise 2008 senkten die großen Zentralbanken die Leitzinsen radikal, um Investitionen zu begünstigen und die Zinsen dann wieder stetig anheben zu können. Zehn Jahre später liegt der Leitzins der EZB noch immer bei 0,00% und auch die US-amerikanische FED senkte ihn dieses Jahr schon zum zweiten Mal. Diesmal auf 1,75%, Tendenz fallend.

Europa den Nachkriegsaufschwung herzuleiten. Doch so wie der Liberalismus vor ihm, erzeugte auch sein Nachfolger, der Keynesianismus, die Bedingungen für sein eigenes Scheitern: Der Marshallplan schuf neue Märkte, doch das bedeutete neue Konkurrenz aus Europa und Japan. Das Ende des Nachkriegsaufschwungs konnte auch durch zunehmende Staatsverschuldung nicht gestoppt werden. Der Liberalismus kehrte zurück, nur dass dieser nun die gestiegene Bedeutung staatlicher Intervention weder zurücknehmen konnte noch wollte – er veränderte sie nur. Fernab davon, sich „zurückzuziehen“ wurde der Staat vielmehr als Instrument zur Schaffung von Finanzmärkten und als Abstellgleis für Schulden genutzt – die Explosion der Staatsschulden beginnt mit der neoliberalen Ära von Thatcher und Reagan.



Marx aktuell

Demokratie und Kapitalismus sind keineswegs gleichbedeutend. Die meisten Länder bedienen sich nach wie vor autoritärer Systeme unterschiedlichster Ausprägung. Auch wenn in vielen Staaten demokratische Rechte erkämpft wurden – die „Mitbestimmung“ im Rahmen dieses Systems ist extrem begrenzt und macht bei wirtschaftlichen Fragen Halt: „*Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen – so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus.*“ (Lenin 1917 in: „Staat und Revolution“, 5. Kapitel).

Arbeitsrechte, Versammlungsfreiheit, Wahlrechte – kurzum alle Errungenschaften, die letztlich die Arbeiter*innenbewegung erkämpft hat – sind im Kapitalismus ständigen Angriffen ausgesetzt. Da die entgegengesetzten Interessen von Arbeiter*innen und

Die Demokratie ist tot, lang lebe die Demokratie!

Kapitalist*innen immer wieder aufeinander prallen wird auch die bürgerliche Demokratie Opfer dieses Tauziehens.

Insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten wird die bürgerliche Demokratie zum Klotz am Bein des Kapitals, wenn es darum geht, schnell drastische Maßnahmen zum Schutz der Profite durchzusetzen. Sie muss dann „marktkonform“ (Angela Merkel) um- bzw. abgebaut werden. Wenn die Organisationen der Werktätigen keine glaubhafte Alternative zur Krise des Systems anbieten können, kann es den Kapitalist*innen auch, zumindest vorübergehend, gelingen, Teile der Arbeiter*innenklasse hinter sich zu vereinen – es schlägt die Stunde der „starken Männer“. Mithilfe einer enormen Propagandamaschinerie wird der verständliche Wunsch einer selbstbestimmten Existenz vieler Menschen für die Interessen des Kapitals missbraucht. Dabei wird das zugrundeliegende System und seine inneren Widersprüche nicht angetastet, das Eigentum an Produktionsmitteln bleibt in den Händen der bürgerlichen Klasse.

Doch der Abbau von bürgerlich-demokratischen Mechanismen ist auch ein gefährliches Unterfangen für die Herrschenden. Zum einen diskreditieren sie sich ideologisch und provozieren Kämpfe um demokratische Rechte. Zum anderen nehmen sie sich ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft. Nicht nur, dass die Führungsebenen von Arbeiter*innenparteien und Gewerkschaften – mit Privilegien in den bürgerlichen Machtapparat integriert – als willige Helferlein zur Niederhaltung des Proletariats zunehmend verschwinden. Auch die Möglichkeit der Vermittlung zwischen einzelnen kapitalistischen Interessensgruppen – auch über Staatsgrenzen hinweg – geht verloren. Deshalb ist die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie stets nur das letzte Mittel der Herrschenden.

Sozialist*innen verteidigen alle demokratischen Rechte gegen die autoritären Offensiven von oben. Doch wir bleiben dabei nicht stehen, sondern kämpfen für echte Demokratie: Eine sozialistische Demokratie, in welcher die Wirtschaft nicht den Profitinteressen überlassen wird, sondern demokratisch geplant wird.

Moritz Erkl

Zum Weiterlesen

Broschüre der SLP:

Basiswissen Marxismus – Marxistische Staatstheorie

Bestellen unter slp@slp.at



Wir können uns nur selbst vom Kapitalismus befreien

Mehr als zehn Jahre ist der Beginn der Weltwirtschafts- und Finanzkrise nun schon her. Warnsignale für neue Rezessionen gibt es inzwischen wieder fast täglich. Hinzu kommt die Bedrohung durch die Klimakrise, welche in der Gesellschaft zu berechtigten existentiellen Ängsten führt. Kein Wunder, dass bei vielen Menschen Erinnerungen an die Jahre

gen der Kommunistischen Parteien sahen in der Sozialdemokratie, nicht den Nazis, den Hauptfeind. Die Führung der Sozialdemokratie hoffte vergeblich auf „demokratische“ Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager. Aus diesen Fehlern muss man lernen, sonst droht deren Wiederholung.

Eine Lehre ist, dass man die Demokratie nicht ret-

dies tun, weil sowohl sozialdemokratische Kräfte als auch die kommunistischen Parteien der Situation nur wenig mehr als wahlweise Phrasendrescherei oder eine unkritische Verteidigung des Status Quo entgegensetzen konnten. Am Ende stand in vielen Ländern die Vernichtung sowohl der bürgerlichen Demokratie, als auch die Beseitigung al-

scheinlich von konkurrierenden bürgerlichen Kräften vorbereitet und durchgeführt worden ist.

Diese Regierung hätte schon Monate früher beseitigt werden können. Über 100.000 Menschen demonstrierten gegen die Einführung des 12-Stundentags. Die Führung der Gewerkschaften redete damals von einem Aufstand gegen die Regierung – und tat dann nichts. Der 12-Stundentag ist heute Realität, arbeitende Menschen leiden darunter. Hier ist ein deutliches Echo der frühen 1930er Jahre zu spüren: Phrasendrescherei, gepaart mit Tatenlosigkeit, führt in die Niederlage.

Was gegen den 12-Stundentag getan werden kann, hat die SLP damals aufgeführt: Wählen wir Streikkomitees, die demokratisch durch die Belegschaften ihrer Betriebe legitimiert sind. Eine Betriebsrätekonferenz kann eine Eskalationsstrategie beschließen. Diese Strategie muss Betriebsversammlungen, Demonstrationen, Streiks und schließlich einen Generalstreik beinhalten.

Um eine solche Strategie in der Gewerkschaftsbewegung umzusetzen, braucht es eine politische

Kraft, die in Betrieben und Nachbarschaften ausreichend verankert ist, um für diese Ideen zu werben. Eine solche politische Kraft würde vor Augen haben, dass die von ihr geforderte Eskalationsstrategie ein Instrument ist, um unter arbeitenden Menschen das Selbstvertrauen in die eigenen organisatorischen Fähigkeiten zu stärken – ohne ein solches Selbstvertrauen ist kein Kampf für eine sozialistische Welt möglich.

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiter*innenbewegung gegen die Nazis zog der Revolutionär Leo Trotzki die Schlussfolgerung, dass die deutschen Arbeiter*innenparteien genau dieser Aufgabe nicht nachgekommen waren, was er an der verfehlten politischen Ausrichtung sowohl der Sozialdemokratie als auch der KPn festmachte. Er analysierte, dass beide Parteiführungen kein ernsthaftes Interesse am Kampf für eine sozialistische Gesellschaft hatten und deshalb scheiterten. Trotzki's Konsequenz: Eine solche Kraft – eine revolutionäre Partei – musste von Grund auf neu aufgebaut werden. Vor dieser Herausforderung stehen wir auch heute.

Christian Bunke

Der Aufstieg von Rechten in der Krise kann durch revolutionär-sozialistische Alternative gestoppt werden.

nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 wachwerden. Das waren Jahre, in denen in vielen Ländern faschistische Regime an die Macht kamen, nicht zuletzt in Österreich und Deutschland 1933. Dieser Prozess mündete in millionenfachen Massenmord und den 2. Weltkrieg.

Doch es war kein automatischer Prozess. Es hätte nicht so kommen müssen. Tatsächlich tragen falsche strategische und taktische Richtungsentscheidungen der Organisationen der Arbeiter*innenbewegung eine große Mitschuld an der Katastrophe der 1930er Jahre. Die Führun-

gen der Kommunistischen Parteien sahen in der Sozialdemokratie, nicht den Nazis, den Hauptfeind. Die Führung der Sozialdemokratie hoffte vergeblich auf „demokratische“ Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager. Aus diesen Fehlern muss man lernen, sonst droht deren Wiederholung.

Eine Lehre ist, dass man die Demokratie nicht ret-

ten, weil sowohl sozialdemokratische Kräfte als auch die kommunistischen Parteien der Situation nur wenig mehr als wahlweise Phrasendrescherei oder eine unkritische Verteidigung des Status Quo entgegensetzen konnten. Am Ende stand in vielen Ländern die Vernichtung sowohl der bürgerlichen Demokratie, als auch die Beseitigung al-

ler Gewerkschaften, Parteien und Vereine der Arbeiter*innenbewegung.

Heutige Entwicklungen erinnern zunehmend deutlich an die Jahre nach 1929: Während linke und linksliberale Kräfte daran scheitern, den Kapitalismus zu reformieren, wächst die Gefahr von rechts. Als die schwarz-blaue Regierung über „Ibiza“ stolperte, feierten manche Linke dies als einen „Triumph“ fortschrittlicher Politik. Tatsächlich gibt es nichts daran zu feiern, dass schwarz-blau über eine Intrige gestolpert ist, die wahr-

Jugend: Perspektiven in der Krise

Gerade unter 25-Jährige blicken auf immer düstere Zukunftsaussichten: Unleistbare Wohnungen zwingen junge Erwachsene dazu, immer länger bei ihren Eltern zu wohnen, einmal ausgezogen müssen sie darum bangen, an steigenden Mieten & Co. zu scheitern. Gleichzeitig liegt die Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen in Österreich offiziell bei 9,4% (Eurostat, April 2019) und damit über jener der Gesamtbevölkerung.

Ernsthafte Beschäftigung oder gar Lösung gibt es von den etablierten Parteien dazu nicht. In ihren Wahlprogrammen war zum Thema kaum etwas bis gar nichts. Die jeweilige Regierung verschleierte das Ausmaß, die Arbeitslosenzahlen sind geschönt, indem z.B. Menschen in AMS-Schulungen nicht eingerechnet werden oder Jugendliche gar nicht in der Statistik sind, wenn sie kein Arbeitslosengeld beziehen. Wie viele junge Menschen tatsächlich arbeitslos sind, lässt sich nur hochrechnen – selbst der neoliberale Thinktank „Agenda Austria“ kam auf etwa 23.000 Menschen, die Dunkelziffer ist viel höher.

Die Gründe dafür: Immer weniger Unternehmen stellen neu ein, viele übernehmen Lehrlinge nicht, da sie sowieso planen, Stellen abzubauen. Lehrlinge wer-

den von prekären Arbeitskräften verdrängt, die noch gewinnbringender ausgebeutet werden können. Zudem nutzt ein gewisser Arbeitskräfte-Überschuss dem Kapital: In Sektoren, wo es Jobs gibt, fallen Jugendliche in eine Spirale der Konkurrenz: „Erfahrung benötigt, um Job zu bekommen – Job benötigt, um Erfahrung zu bekommen“. Immer mehr schuferten wie selbstverständlich in unbezahlten Praktika in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz.

Unter diesen Umständen und mit der Perspektive, lebenslanglich in diesem System gefangen zu sein, fallen immer mehr Jugendliche aus sozialen Netzen, in Drogensucht (legale und illegale) bzw. sind von psychischen Problemen betroffen. Für eine Perspektive braucht es gute Bildung für alle, in Form einer Gesamtschule inklusive beruflicher Ausbildung, wo junge Menschen nach ihren Interessen lernen können. Es braucht Übernahme-garantie für alle Lehrlinge sowie Arbeitszeitverkürzung, um die nötige Arbeit auf alle zu verteilen und einen Kampf für ein System, in dem junge Menschen sich entfalten können und Wirtschaft sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert.

Moritz Bauer



Gemeinsam QUEERstellen!

Was wir täglich erleben, zeigen auch Studien: Dass sich v.a. Jugendliche besonders häufig im

Gerade diese jungen Menschen treten auf den Pride-Paraden zunehmend politisch und radikalisiert auf.

ist. Was liegt also näher, als gemeinsam was gegen ihn zu tun? Und die Probleme, eine leistbare Wohnung zu finden, haben auch Freund*innen, die nicht queer sind. Da zeigt sich, dass der Kampf um LGBT-Rechte nicht isoliert von anderen Themen zu führen ist. Gruppen wie „Queers for Future“ sind Beispiele dafür, wie Menschen nicht „nur“ queer oder „nur“ umweltbewusst sind. Wenn man einmal anfängt, sich zu wehren, merkt man rasch, dass nicht nur dieser gemeinsame politische Kampf notwendig ist, sondern auch, dass die Ursache für die Unterdrückung die gleiche ist!

Celina Brandstötter

Vielen Jungen reicht es nicht mehr, nur den Regenbogen zu feiern und Einhörner zu streicheln!

LGBT-Spektrum einordnen. Vielen ist es dabei sehr wichtig, sich aktiv gegen konservative Rollenbilder aufzulehnen, ihre geschlechtliche/sexuelle Identität offen auszuleben und für die eigenen Rechte einzustehen, nach dem Motto „Wir sind hier und wir sind queer!“.

Nach einer Phase der Entpolitisierung spielen heute bei Pride-Paraden neben LGBT-Themen auch oft Feminismus und Antirassismus eine Rolle und das nicht zufällig. Wenn man sich in der Schule gegen einen homophoben Lehrer wehrt, kommt man rasch drauf, dass der auch noch sexistisch und rassistisch

Ich weiß, dass wir die Welt zu einem viel besseren Ort machen können!

Ich habe mich seit meiner Kindheit gefragt, wie man die Welt besser machen könnte – ein ganz normaler Gedanke beim Aufwachsen. Doch nötig ist mehr als nur ein Gedanke. Ich bin von der Krim geflüchtet, als sie okkupiert wurde. Ich habe Menschen kennengelernt, die aus den Kriegsgebieten der Ukraine geflüchtet sind. All das brachte mich zum Verständnis, dass die Welt eine Alternative

braucht. Als ich nach Linz gezogen bin, hatte ich nur eins im Kopf – wie man die Welt verändern kann.

Diesen Sommer traf ich die SLP. Ich erfuhr, was Sozialismus ist und sah, dass meine Ideen damit übereinstimmen: Das Ziel ist eine bessere Welt, in der die Menschen nicht ausgebeutet werden und ein gutes Leben führen können. Das geht nur im Sozialismus. Ich wuss-

te schon nach dem ersten Treffen – da muss ich hin. Ich sah, wie die Mitglieder auf den Straßen aktiv sind, wie es jedem und jeder wichtig ist, für die Rechte der Arbeiter*innenklasse zu kämpfen. Und eine Organisation aufzubauen, die den Kampf zur Überwindung des Kapitalismus anführen kann. Meine Partei hab ich gefunden.

Stella, 17, Schülerin aus Linz

Heuchler des Monats



Medienwirksam ließ sich Ex-US-Präsident Barack Obama mit Greta Thunberg ablichten und lobte ihr Engagement. Als Präsident förderte er jedoch massiv fossile Brennstoffe durch schädliche Verfahren wie Fracking. In seiner Ära stieg die US-Ölproduktion auf den höchsten Wert seit 44 Jahren. Obama & Co sind keine Verbündeten der Klimabewegung!

Foto: Screenshot Facebook_Obama



Amazonas oder Profit?

In Brasilien gab es dieses Jahr einen Rekord an Brandrodungen im Amazonas. Obwohl dies in der Trockenzeit des Amazonas nichts Unübliches ist, nehmen die Brände heuer ein extremes Ausmaß an. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie um 70% gestiegen. Dies steht in direkter Verbindung zur Machtübernahme Bolsonaros und der

wegen Profiten verzichtet. Als Teil der globalen Klimabewegung fordern wir die Kontrolle von landwirtschaftlichen Aktivitäten durch die Bevölkerungen, um sie nach ihren Bedürfnissen zu orientieren und nicht die Gesundheit und die Umwelt zu beeinträchtigen. Die Klimabewegung, die zu Beginn vor allem Jugendliche ra-

fe auf Arbeiter*innen sind kein Alleinstellungsmerkmal von Brasilien oder der Regierung Bolsonaros. Wir fordern ein Ende der Kürzungspolitik und eine sofortige Verwendung der Ressourcen zur Bekämpfung von Waldbränden. Der Profitgier der Agrarwirtschaft soll ein Ende gesetzt werden. Wir fordern, dass

naro nutzte dieses Angebot jedoch, sich als Anti-Imperialisten darzustellen – der er nicht ist. Dies war eine klare Ablenkungsstrategie von sozialen Angriffen der Regierung und deren Widerstand.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten würde jene Tätigkeiten der Agrarindustrie, die für die Brände im Amazonas verantwortlich sind, stärken. Der Handelskrieg zwischen den USA und China stärkt ebenfalls die Macht der Agrarindustrie Brasiliens, da dadurch die Sojaexporte von Brasilien an China ansteigen. All dies bedeutet die Ausdehnung der sogenannten „Agrargrenze“ in den Amazonas – und damit auch die Einschränkung der Lebensräume von Indigenen. Neben dem Abbau von Mineralien werden die meisten Brände zur Gewinnung von Sojaanbauflächen gelegt. Die Großgrundbesitzer*innen, die Monokulturen für den Export bewirtschaften, sind die soziale und politische Basis von Bolsonaro. Seine Politik der Waffenliberalisierung für Großgrundbesitzer*innen und der Angriffe auf die Wohngebiete der Indigenen, sowie die Bekämpfung von Landarbeiter*innen

bringen die gewalttätigsten Züge des brasilianischen Kapitalismus zum Vorschein. Wir fordern ein Ende der privaten Milizen der Großgrundbesitzer*innen und Bergbauunternehmen und die Enteignung der Befürworter*innen jener Repression und der Brandrodung. Diese muss mit einer radikalen Agrarreform unter Kontrolle der Bevölkerung, die der Macht der Großgrundbesitzer*innen ein Ende setzt, einhergehen.

Im Rahmen der internationalen Klimaaktionswoche erteilten die zentralen Gewerkschaften Brasiliens für den 20. September eine Streikfreigabe. Das war ein richtiger Schritt: Es ist notwendig, dass Arbeiter*innen Teil dieser globalen Bewegung sind, denn sie stellen die Mehrheit der Bevölkerung dar und haben die Produktivkräfte inne. Da die Klimakatastrophe ein globales Problem darstellt, müssen wir auch global handeln und unsere Kämpfe vereinigen.

**Liberdade, Socialism,
Revolução**

Schwesterorganisation
der SLP in Brasilien
www.lsr-cit.org/

Sozialist*innen in Brasilien verbinden den Kampf um den Amazonas mit den sozialen Bewegungen gegen Bolsonaro.

Profitgier des (internationalen) Kapitals. Auch vergangene Regierungen der Partido dos Trabalhadores (PT) bemühten sich, die Agroindustrie als politische und soziale Verbündete zu halten, indem sie ihnen Zugeständnisse in diesen Bereichen machten. Sie versuchten dies mit Aspekten eines „grünen Kapitalismus“ zu verbinden, der ebenfalls von dem Interesse des internationalen Kapitals abhängig ist. Unter Bolsonaro wurde ein neues Ausmaß erreicht. Brasilien ist das Land mit der größten Abholzung und mit der meisten Anwendung von Pestiziden. Auf umwelttechnische Maßnahmen wird

dikalisierte, zeigt deutlich auf, dass eine Fortführung des Kapitalismus das Ende unseres Planeten bedeuten würde.

Bolsonaro stellt die Bewahrung des Waldes als ein Hindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes dar. Angriffe auf indigene Territorien werden somit legitimiert. Um die Profite jener Kapitalist*innen weiter zu steigern, wird auf die Privatisierung von strategischen Unternehmen wie Eletrobras und Petrobras wie auch auf Sozialabbau gesetzt. Die Bildungsreform und die kürzlich verabschiedete Pensionsreform sind Teil davon. All diese direkten Angrif-

die von Bolsonaro abgeschafften Umweltauflagen unter der Kontrolle von Arbeiter*innen, Landwirt*innen, Indigenen und Mitgliedern der sozialen Bewegungen wieder eingeführt werden.

Im Zuge des internationalen Aufschreis wegen der Brände in Brasilien bot Macron Bolsonaro eine Geldsumme zur Linderung der Brände an. Selbstverständlich war das ein reiner PR-Gag. Die versprochenen Summen waren von kosmetischer Bedeutung. Das zeigt, dass wir auf Institutionen wie die UNO oder die EU nicht vertrauen können. Bolso-

Nordirland: Werft besetzt

Die Werft „Harland and Wolff“ in Belfast gibt es seit mehr als 150 Jahren und ist für den Bau der Titanic bekannt. Früher war sie eine der größten im Hafen von Belfast. Doch der Rückgang im Schiffbau plus schlechter Managemententscheidungen haben die Jobs bereits vom historischen Höchststand von 30.000 auf 130 reduziert. Der Eigentümer ging Anfang 2019 in Konkurs. Die Schließung drohte, wenn kein neuer Käufer gefunden würde. Darum besetzten Ende Juli die Beschäftigten die Werft und forderten eine Verstaatlichung, um die Werft und ihre Arbeitsplätze zu retten.

Aber Verstaatlichung kann keine Übergangslösung sein bis ein neuer privater Käufer gefunden wird. Es ist notwendig, das öffentliche Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gesellschaft dauerhaft zu sichern. Die Nachfrage nach Schiffen ist zurückgegangen, aber es wäre möglich, die Docks und Fähigkeiten der Beschäftigten zu nutzen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Einige Offshore-Windturbinen wurden dort bereits produziert, und mit Investitionen und Umbauten könnten sie auch Wellenkraftwerke oder Gezeitenkraftwerke produzieren.

Dies sind einige der wichtigsten Ideen, die von Aktivist*innen der Sozialistischen Partei (Schwesterorganisation der SLP in Irland) in den Kampf eingebracht wurden. Abgeordnete der SP schlossen sich den Arbeiter*innen an, und die Sozialistische Partei half auch, einen Protest vor der britischen Botschaft in Dublin zu organisieren sowie internationale Unterstützung von Gewerkschaften und Betriebsräten. Es ist bezeichnend, dass dieser Kampf Protestant*innen und Katholik*innen in Nordirland vereint hat, wo das religiöse Sektierertum die Arbeiter*innenklasse historisch geteilt hat. So ist beispielsweise Susan Fitzgerald, Mitglied der SP und Verantwortliche in der Gewerkschaft Unite, eine Katholikin aus dem Süden, wird aber als führend im Streik uneingeschränkt von allen Kolleg*innen akzeptiert.

Es ist offen, was als nächstes passieren wird, aber es ist wahrscheinlich, dass der Staat versucht, einen privaten Investor zu finden anstatt zu verstaatlichen. Doch die Arbeiter*innen haben gezeigt, dass es möglich ist, den Verlust von Arbeitsplätzen zu stoppen, wenn wir uns organisieren und kämpfen.

Brettros



Russland: Häusliche Gewalt ist politisch

Worum geht es bei den Protesten?

Konkret um die Unterstützung der drei Chatschaturjan-Schwestern,

cher Gewalt, 14.000 werden getötet! Doch wenn eine Frau den Mann in Notwehr tötet, bekommt sie 20 Jahre Gefängnis.

von Männern abhängig sind.

Wie sahen die Proteste aus?

Wir wollten am 31.8. demonstrieren, doch das Moskauer Bürgermeisteramt verbot das. Aber wir schlossen uns unter dem Motto "keine Stimme für jene, die häusliche Gewalt entkriminalisiert haben" einer nicht genehmigten Demo bezüglich politischer Gefangener an. Und wir sind seit Monaten Teil der, in der Regel illegalen, Proteste von vor allem Jugendliche gegen Ungerechtigkeit, Lügen und Korruption. Denn häusliche Gewalt ist politisch und kann nicht von allem anderen, was heute in Russland geschieht, getrennt werden.

Sasha Alekseeva von der Sozialistisch-Feministischen Alternative über Proteste gegen häusliche Gewalt

die nach dem Tod ihres Vaters verhaftet wurden, der sie seit Jahren geschlagen und vergewaltigt hatte. Und insgesamt: Die von der russisch-orthodoxen Kirche unterstützte Regierung hat jüngst häusliche Gewalt entkriminalisiert. Jedes Jahr leiden 16 Millionen Frauen unter häusli-

Was fordert ihr?

Die Finanzierung von Krisenzentren in jeder Region, dass Gewalttäter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden und staatlich finanzierte Rehabilitation der Opfer. Und ganz wichtig: angemessene Bezahlung der Frauen, damit sie nicht

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI-Mehrheit)

Südafrika: Proteste

Nach Attacken gegen Migrant*innen, sowie der Vergewaltigung und Ermordung einer Studentin kam es in Südafrika zu Massendemonstrationen gegen Rassismus und Gewalt an Frauen. Die Schwesterorganisation der SLP, die Workers and Socialist Party (WASP), beteiligte sich führend daran. Bereits wenige Tage nach den Ereignissen beteiligten sich Aktivist*innen der WASP an der Organisation eines Treffens zur Vor-

bereitung von Massenwiderstand in Johannesburg. Bei einer Demonstration am 14.9. sprachen sie vor Tausenden und riefen zum gemeinsamen Kampf von Arbeiter*innen aus verschiedenen Ländern auf. Mamelwe Sebei von der WASP erklärte bei SABC und Al Jazeera vor Millionen den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, der ANC-Politik und der Gewalt gegen Migrant*innen und Frauen. workerssocialistparty.co.za

Hongkong

Nathan Leung von Socialist Action (SLP Schwesterorganisation in Hong Kong) beteiligte sich an den Massenprotesten gegen Repression in Hong Kong. Am 5.9. wurde er von der britischen Bank HSBC gefeuert. Ein weiteres Beispiel, wie die Bewegung mundtot gemacht werden soll und „westliche“ Unternehmen mit der Diktatur in China zusammenarbeiten. Unterstütze die internationale Solidaritätskampagne! www.lsr-cit.org

USA: Streik bei GM

Am 13.9. begannen die rund 50.000 Beschäftigten bei General Motors/USA gegen die Schließung von vier Werken zu streiken. Nachdem die massiven Zugeständnisse von 2007 zur Erhaltung des Unternehmens (weniger Geld für Pensionen und Neueinstellung, Leiharbeit etc.) trotz hoher Profite nicht zurückgenommen wurden, ist klar, dass von den Bossen nichts zu erwarten ist. Socialist Alternative (SLP Schwester-

organisation in den USA) unterstützt den Streik aktiv u.a. in Wisconsin, Pennsylvania und Michigan. In Flugblättern werden gemeinsame Streiks bei allen großen Autoherstellern und ein Programm, das Lohnerhöhung, die Schaffung von Jobs etc. mit der Enteignung der Automobilindustrie und ökologischer Produktion in einer sozialistischen Gesellschaft verbindet, vorgeschlagen. www.socialistalternative.org



Was sie dir über Verschwörungstheorien verschweigen!

Verschwörungstheorien gibt es schon lange. Zu den frühesten zählen die Theorien rund um Kaiser Nero und den Brand in Rom im Jahr 64. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion im 15. und 16. Jahrhundert nahmen sie jedoch bedeutend an Fahrt auf. Einerseits lag

gesamte Geschichte sei das Resultat der bewussten Planung kleiner, anonymer Gruppen.

Die erste und gleichzeitig am hartnäckigsten sich haltende Ideologie dieser Art ist der Antisemitismus. Mit dem Beginn des Kapitalismus wurden Jüd*innen nicht mehr nur aufgrund

de Riten bilden sie ein ideales Objekt für eine Ideologie, die zur Welterklärung gleichzeitig anonyme und eindeutig bestimmbare Gruppen sucht.

Die Grundlage dafür liegt aber nicht in den Gruppen selbst, sondern in der Welt, die erklärt werden

setzt seine Machtmittel ein, um die Möglichkeiten für profitables Wirtschaften so gut wie möglich zu erhalten, und tritt dabei den anderen Staaten wiederum als Konkurrent gegenüber, gegen die er auch Machtmittel wie Geheimdienste und Militär, aber auch ökonomische Mittel einsetzt. Selbstverständlich werden dabei die übelsten Tricks angewandt – gegen die eigenen Konkurrent*innen und vor allem gegen jene, die dagegen aufstehen. Doch eine Weltregierung mit einem Masterplan ist in diesem Konkurrenzsystem unmöglich. Krankheiten, Krieg, Krise und anderes, was dem Plan einiger Verschwörer*innen zugeschrieben wird, sind gerade Ausdruck der ungeplanten Herrschaft und Wirtschaft.

Die Beliebtheit von Verschwörungstheorien ist Ausdruck des Wunsches, Sinn in diesem Unsinn zu finden – aber auch der Schwäche der Arbeiter*innenbewegung, die tatsächliche Antworten geben sollte. Gab es früher Massenorganisationen mit lebendigen Jugendstrukturen, in denen Unzufriedene schnell mit grundlegenden Aspekten marxistischer Theorie in Berührung kamen, so führen die Suchspalten von Google und Youtube heute eher

zu wirren Verschwörungsideolog*innen.

Die Wahrheit über unsere Gesellschaft ist keine geheim gehaltene, die man nur auf YouTube-Kanälen oder von esoterischen Gurus zu hören bekommt. Sie offenbart sich in unserer konkreten und alltäglichen Erfahrung: Wir verkaufen unsere Arbeitskraft, um am von uns produzierten Reichtum teilhaben zu können. Denn in einer kapitalistischen Klassengesellschaft wird nicht nach Bedürfnissen produziert, sondern nach Profitinteressen, für Verwertung um der Verwertung willen. Und diese Wahrheit ist noch irrer als jede Verschwörungstheorie.

Doch es gibt auch eine gute Nachricht: In der von Verschwörungstheorien gezeichneten, von übermächtigen Freimaurern, Illuminaten oder Reptiloiden dominierten Welt bliebe uns wohl in der Tat nichts anderes übrig, als den Aluhut aufzusetzen. Tatsächlich bringt jedoch der Kapitalismus genau durch die Art, wie er über uns herrscht, auch die Voraussetzungen für seinen erfolgreichen Sturz hervor: Gegen Bosse können wir streiken. Regierungen können wir stürzen. Die Wirtschaft können wir dem Profitzwang entreißen und demokratisch planen.

Oliver Giel

Im Kapitalismus ist die Wahrheit noch irrer als jede Verschwörungstheorie.

das an der Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, andererseits an der Veränderung des politischen und ökonomischen Lebens. Waren vorher Wirtschaft, Recht usw. an persönliche Beziehungen geknüpft, wurden die Verhältnisse immer abstrakter: Der Austausch der Produkte wurde vermittelt über Geld, die Rechtsprechung über allgemeines verschriftlichtes Recht (was die meisten Menschen nicht lesen konnten). Produziert wurde mehr und mehr für den anonymen Markt.

Damit entstand eine vollkommen neue Art von Verschwörungstheorie: Die Verschwörungsideologie, die Vorstellung, nicht nur konkrete unerklärliche Ereignisse wären ein Ergebnis bewusster menschlicher Planung, sondern die

ihres „falschen“ Glaubens angefeindet, sondern ihnen wurden explizit politische, ökonomische und ethnische Eigenschaften zugeschrieben, darunter vor allem die unrechtmäßige Bereicherung durch die Geldwirtschaft. Auch andere bis heute beliebte Verschwörungsideologien wurzeln in der frühen Neuzeit, etwa die Mythen über Freimaurer und Jesuiten. Letztere hatten in katholischen Ländern ein faktisches Monopol auf Bildung, was mit dem sich entwickelnden Nationalstaat in Widerspruch geraten musste, während die Freimaurerei eine Kaderschmiede für die damals noch revolutionäre Bourgeoisie bildete. Allen drei Gruppen ist eines gemeinsam: Sie sind international und an keine Staatsgrenzen gebunden. Verbunden mit für Außenstehende frem-

soll, genauer: In dem Widerspruch, der der kapitalistischen Gesellschaft zugrunde liegt. Zwar gibt es Herrschende und Beherrschte, aber die Herrschaft der Minderheit hat nicht, wie etwa die der Sklavenhalter*innen, den vorrangigen Zweck, die Bedürfnisse der Angehörigen dieser Minderheit zu befriedigen. Im Kapitalismus geht es vor allem darum, das Mittel der Herrschaft, das Kapital, zu vergrößern und zu diesem Zweck Arbeit und Natur auszubeuten. Die Kapitalist*innen selbst, gerade indem sie alle dieses gemeinsame Interesse verfolgen, treten einander in Konkurrenz gegenüber und versuchen, sich gegenseitig vom Markt zu verdrängen. Der Staat, der diese Gesellschaftsordnung aufrechterhält,

Fünf Gründe, warum...

1 Im Falle eines Verbotes weinen wir den Identitären keine Tränen nach. Aber ein Verbot hält sie nicht ab, sich unter anderem Namen oder in leicht veränderter Form neu zu gründen. Selbst ohne offizielle Struktur werden ih-

...ein Verbot der "Identitären" das Problem noch nicht löst.

re Aktivist*innen nicht aufhören, menschenfeindliche Hetze zu betreiben.

2 Beispiel Deutschland: Nach dem Verbot der "Heimattreuen Deutsche Jugend" haben sich deren Mitglieder in der NPD neu organisiert. Auch die Identitären, die Verbindungen zu FPÖ, BZÖ und sogar ÖVP haben, könn-

ten in anderen Organisationen andocken.

3 Die Identitären haben eine Vielzahl an Verbindungen zu Polizei (über ein Dutzend Beamte in Wien sollen in Kontakt mit ihnen stehen) und Politik (dutzende "Einzel-

fälle" in der FPÖ). Sie würden wohl rechtzeitig gewarnt, um ein Verbot ohne großen Schaden zu über-tauchen.

4 Ein "Extremistenverbot" wie es die Kurz-ÖVP plant, kann schnell dazu führen, dass linke Organisationen ins Visier genommen werden. Wenn ein „An-

ti-Mafia“ Gesetz gegen Tierschützer*innen verwendet wird, kann eines gegen „Extremisten“ rasch gegen kämpferische Linke oder Gewerkschafter*innen in den nächsten Streiks eingesetzt werden.

5 Die Grundlage für das Erstarren rechtsextremen und faschistischen Gedankenguts bleibt durch ein Verbot unangetastet. Solange es zu Sozialabbau, Hetze und Spalterei (auch durch etablierte Parteien) keine Antwort von links gibt, werden sich weitere rechte Gruppen formieren und eventuell Verbote ersetzen. Sie können nur durch breiten Widerstand und die Abschaffung der Bedingungen, welche sie groß werden lassen, gestoppt werden.

Stefan Brandl

Vor 100 Jahren...



... fanden die zwei roten Jahre, das „Biennio Rosso“ statt. Die revolutionäre Welle nach 1917 erfasste auch Italien. Damals organisierten sich Arbeiter*innen, vor allem rund um Turin, in Räten, streikten und übernahmen die Produktion. Doch abgesehen von Turin, wo Antonio Gramsci und die Gruppe „L'Ordine Nuovo“ aktiv waren, unterstützte die Sozialistische Partei die Bewegung nicht. Staat und Kapital aber setzten auf Mussolini und die aufkommenden faschistischen Organisationen – und die blutige Konterrevolution. Das Biennio Rosso ist ein Beweis für das Potential von Massenbewegungen – aber auch dafür, dass es eine politische Führung braucht, um zu gewinnen.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Die sozialistische Zeitung seit 1983

€ 1,- / € 2,- Nr. 281 | 10.19

Durchschnittslohn statt Korruption!



Der Spesenskandal um Strache beweist, was viele wussten: Ibiza war

ziern. Doch damit ist Strache kein Einzelfall. In der gesamten etab-

ruption verhindert werden würden. Das Gegenteil ist der Fall! Des-

Gewerkschaft. Wer uns vertreten will, soll auch in derselben Welt wie wir leben, nicht in der Welt der Superreichen. Käufliche Politik ist kein moralischer Makel Einzelner, sondern Symptom eines Systems, in dem der Profit entscheidet – und sich die Politik danach zu richten hat. Wer Korruption wirklich bekämpfen will, muss also den Kapitalismus bekämpfen.

Strache hats erwischt – doch das ganze politische System ist korrupt.

kein Ausrutscher. Die FPÖ ist eine Partei der Reichen und der Korrupten. Strache ließ sich von Parteigeldern – also öffentlichen Geldern! – sein Luxusleben finan-

lierten Politik läuft es so. Politiker*innen verteidigen ihre hohen Gehälter und dutzenden anderen Privilegien gerne mit dem Argument, dass so Bestechung und Kor-

wegen fordert die SLP einen Durchschnittslohn für Politiker*innen und deren jederzeitige Abwählbarkeit – und dasselbe bei Funktionär*innen der

Termin
Aktionstag
von
„Sozial, aber nicht blöd“

11. Oktober,
15⁰⁰–17⁰⁰ Uhr,
Meidlinger Platzl,
1120 Wien

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Stadtschenke'
Neutorgasse 22

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Alten Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Gibt es nicht aus Profitstreben.
Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abos: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abz-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000881233
BIC: DPSKATWW



- > Berichte
- > Hintergründe
- > Analysen
aus sozialistischer Sicht.



www.slp.at | slp@slp.at | /slp.cwi